

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilsch, Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 123. — Postfachkonto 41494.
Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Bezugspreis: In Bochum und Umgebung monatlich 5.— M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., monatlich 5.— M., drei Monate 15.— M., sechs Monate 30.— M., ein Jahr 60.— M. — Für unregelmäßige Entsendungen halber die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Erscheinungstermin der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streik verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Befreiung von Schadenersatz. — Rückporto ist auf Unterfertigung von 300 M. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Am Verbreitungsbezug 40 Wfr. Familienanzeigen 30 Wfr. Stellenangebote 25 Wfr.; außerhalb 40 Wfr. für 1 mm Höhe und 3 mm Breite; im Restenteil 7 mm Zeilenbreite, für 1 mm Höhe 15 Wfr. Für die Aufnahme von Anzeigen an vordere Seiten und in den ersten Tagen wird keine Gebühr übernommen. Bei Anzeigen, die über 10 Zeilen gehen, wird eine besondere Vereinbarung getroffen. — Die Anzeigen werden in der Regel am Freitag vor dem Erscheinungstermin der Anzeigen eingereicht. — Anzeigen, die am Freitag vor dem Erscheinungstermin der Anzeigen eingereicht werden, werden am Montag veröffentlicht. — Anzeigen, die am Freitag vor dem Erscheinungstermin der Anzeigen eingereicht werden, werden am Montag veröffentlicht.

Deutscher Reichstag.

(51. Sitzung.)

Berlin, 19. Januar.

Präsident Loebe richtet Worte der Begrüßung an die Versammlung und gedenkt des gefallenen Tages, an dem vor 50 Jahren die deutschen Stämme ihre Einheit gegründet. Diesem Zusammenschluß folgte

die Geburtsstunde des ersten deutschen Reichstages

Jetzt ist nicht Zeit zu lauten Festen, betont der Präsident, wir haben die Pflicht, den Bund der Einheit zu wahren und dem Tag entgegenzuarbeiten, an dem niemand mehr wagen wird, die Einheit Deutschlands im Kreise der Völker zu bestreiten. Wir sehen auch mit Ruhe dem Tage entgegen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch den von uns zur Zeit abgetrennten Stammesbrüdern und auch den Völkern hilfreich zugute kommt. Erst dann wird die deutsche Einheit vollkommen sein. — Der

Nachruf

für den verstorbenen Abgeordneten Legien und den früheren Reichstagspräsidenten von Bethmann Hollweg hört das Haus stehend an. (Der kommunistische Abgeordnete Walsahn kann es nicht unterlassen, durch den Ruf: „Er war der Kriegsschuldige!“ den feierlichen Akt zu stören. Stürmischer Protest aus dem Hause weist ihn zurück) und Präsident Loebe schließt seine Ausführungen mit der Anerkennung der guten Absichten Bethmanns, jedoch kein Grund vorliege, ihm eine stille Ehrung zu verweigern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Dr. Vebber (Komm.), unterbrochen von stürmischen Zurufen des Hauses, einen Protest gegen die Erklärung des Reichstages in Sachen der 50-jährigen Geburtsfeier. Als Abg. Dr. Vebber seine Ausführungen geschlossen hat, bemerkt der Präsident, er nehme an, daß niemand aus dem Hause weiter Notiz von dem Protest zu nehmen gedenke.

Das Haus erteilt ohne Debatte das Auslandsabgabengesetz, das Kolonialabgabengesetz und das Verdrängungsgesetz an den Haushaltsausschuß.

Die Maßnahmen in Bayern.

Der Unabhängige Abgeordnete Goldmann begründet sodann den Antrag der Unabhängigen, die von Bayern auf Grund des Artikels 48 der Verfassung für Bayern getroffenen Maßnahmen außer Kraft zu setzen. Redner schildert die Tätigkeit der Regierung und der Einwohnerwehren. Die Regierung habe sich überhaupt nur der Schildhüter des Hauses Wittelsbach.

Reichstagsminister des Inneren Koch betont, daß die Reichsregierung Verhandlungen mit der bayerischen Regierung eingeleitet habe, daß sie aber zu einem Eingriffe nicht in der Lage sei, jedoch hoffe, auf dem Wege der Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen. (Die äußerste Linke unterbricht die Ausführungen des Ministers. Stürmische Zwischenrufe. Abg. Kemmle (Komm.) ruft: Handlanger der Ordnung! und erhält eine Rüge vom Präsidenten.)

Staatssekretär Dr. Schwenker macht nähere Ausführungen, aus denen hervorgeht, daß die Reichsregierung in Bayern nirgends verstoßen werde. Als der Redner feststellt, daß die Kommunisten mit allen Mitteln versuchen, sich der Waffengabe zu entziehen, kommt es zu erneuten Unruhen. (Präsident Loebe muß erst Ruhe schaffen.)

Abg. Vogel (Soz.) erwidert, er werde sich der Sache mit der größten Ruhe annehmen, während die Kommunisten aber nicht über den Artikel der Verfassung hinweg, daß die einseitigen Maßnahmen von Landesregierungen nur zulässig seien, wenn Gefahr im Verzuge sei und der Reichstag nicht mehr in der Lage sei, noch rasch genug einzuschreiten. Welches trifft hier nicht zu. Zudem habe die frühere Regierung in Bayern ausdrücklich den vorläufigen Charakter der Maßnahmen betont, während die jetzige Regierung darauf ausgehe, einen Dauerzustand zu schaffen. Das bedeute einen Verfassungbruch, der verhindert werden müsse. An diese Ausführungen knüpfte Redner eine längere Darstellung des Verhaltens der bayerischen Regierung an und betont, daß er keinerlei besondere Gefahren für Bayern sehe, die eine Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes rechtfertigen und die Verhaftung des Reichsgrößen-Jungen-Epistelenbeses begründen könnten.

Abg. Gumming (Wahr. Sp.) wundert sich, daß man Bayern, daß doch den Ausnahmezustand nach dem Kriege gründlich kennen gelernt habe, verdrängen könne, wenn es jetzt erlischt aufstehe, was seine Landstrafen endlich von den Lasten mit den Maschinengefahren, von den roten Weibern in Menschengestalt befreit seien. Von dem Ausnahmezustand sei jetzt herztlich wenig zu spüren. (Stürmische Zwischenrufe der äußersten Linken.) Der Wucherparagraf sei eigentlich die einzige Folge des Ausnahmezustandes gewesen und dieser sei gewiß im Interesse der Befreiung der Ernte zu begründen. Während dieser Rede macht ein Besucher der mittleren Tribüne dauernd Zwischenrufe, wie „Zurück zum Reich!“ und anderes. Präsident Loebe droht im Wiederholungsfall, die Tribüne räumen zu lassen.)

Abg. Dr. Strathmann (Dnt.): Was wir im Ausrunder erleben müssen, wollen wir in Bayern nicht erleben. Den Bayern, fährt der Redner fort, will man die Produktion und die regelmäßige Arbeit schenken. In Berlin, wo folches

Die Dedung der Feuerungszulagen.

Steuern, Erhöhung der Post- und Fernspreckgebühren.

W. Berlin, 19. Jan. Im Steueraussschuß des Reichstages machte Reichsfinanzminister Wirth Mitteilungen über die bei der letzten Konferenz der Landesfinanzminister ausgesprochenen Wünsche. Danach soll im Gesetz, in dem die neuen Feuerungszulagen festgelegt werden, gesagt werden, daß die Mehraufwendungen, welche den Ländern und Gemeinden erwachsen, vom Reich bezahlt werden. Die Reichsregierung vertrete die Anschauung, daß den Ländern eine einmalige Zuwendung vom Reich gegeben werden solle, damit sie in den Stand gesetzt werden, die Aufbesserungen auszahlen zu können. Den Gemeinden Zuwendungen zu machen, würde ins Uferlose führen. Jedenfalls müßte der Reichstag

Ausnahmegesetz nicht besteht, ist erst kürzlich bei zweifachen Demonstrationen wieder Blut geflossen. Das kann bei uns, dank unserer vorbeugenden Maßnahmen nicht passieren. (Erneuter Lärm.) Wer die Gefahr des Blutvergießens vergrößern will, der hebe den Ausnahmeparagraphen auf. Das kann im übrigen nur die bayerische Regierung selbst, nicht etwa der Reichstag oder die Reichsregierung. Als der Redner erklärt, alles, was aus Berlin komme, findet in Bayern den schärfsten Widerstand und Berlin als internationales Schiedsgericht und als die Zentrale des europäischen Kampfes gegen die Einwohnerwehren bezeichnet, erfolgt ein erneuter Sturm aus der äußersten Linken. Redner schließt mit einem Hinweis auf den übertriebenen Zentrismus, der seinen Sitz in Berlin habe.

Reichsminister Koch: Natürlich denkt das Reich nicht daran, die Polizeigewalt der Länder zu übernehmen. Ich bin überhaupt gegen den Zentralismus und kann nicht anerkennen, daß Berlin in zentralistischer Annahme zu weit gehe. (Zustimmung und Lärm.)

Abg. Waresch (D. Sp.): Es frage sich, ob in Bayern noch Ruhe und Ordnung herrschen werden, wenn der Paragraf aufgehoben werde. Die Haltung der kommunistischen Presse lasse das sehr zweifelhaft erscheinen. Redner schließt mit der Anerkennung, daß Bayern vorbildlich in der Zerschlagung der Ruhe und Ordnung sei. (Waresch.)

Abg. Wieland (Dnt.) erklärt, daß er gegen den Ausnahmeparagraphen sei und dankt der Reichsregierung für ihr Verhalten, die Frage mit der bayerischen Regierung im Verständigungswege zu lösen.

Reichspräsident Dr. Weizsäcker schlägt nunmehr vor, die Debatte abzubrechen. Das Haus erledigt noch eine Reihe von Petitionen ohne jede Debatte nach den Beschlüssen der Kommission und verlegt sich ab dann auf morgen. Tagesordnung: Reichsnotet, Interventionen über Überschüssen und Rest der heutigen Tagesordnung.

Die Verhandlungen mit den Eisenbahnen.

W. Berlin, 19. Jan. Ebenso wie der Deutsche Eisenbahnerverband hat sich auch die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter für Annahme der Vorschläge erklärt. Auch die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat beschlossen, das Abkommen mit der Regierung inne zu halten. Der Allgemeine deutsche Eisenbahnerverband dürfte ebenfalls sich den Beschlüssen der anderen Organisationen anpassen.

In einem Aufruf der Eisenbahnerorganisationen an ihre Mitglieder wird die Annahme des erzielten Resultats empfohlen und vor einem Streik, der nach den erheblichen Zugeständnissen der Regierung nicht verstanden werde, gewarnt, da jetzt nach den übereinstimmenden Meinungen von allen an der Bewegung beteiligten Gewerkschaftsführern der Verhandlungswege völlig erschöpft und ein besseres Resultat zur Stunde nicht zu erzielen sei. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Standpunkt der Führer von den Organisationen gebilligt werde.

Die Antworten auf die Fragen der Entente.

W. Berlin, 18. Jan. Die 33. der von der Entente gestellten Fragen lautet: Wie hoch ist die Schätzung des deutschen Vermögens im neutralen Ausland, Vergleich zwischen

zur Aufbringung weiterer Mittel erhebliche Steuerzugeständnisse machen. An eine Erhöhung bereits eingeführter oder auch neuer indirekter Steuern werde kaum vorzuziehen sein. Auswärtige Momente spielen hier hinein. Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Postgebühren werde demnächst vorgelegt. Ein solcher über eine Erhöhung der Fernspreckgebühren werde folgen. — Der Antrag des Unterausschusses, den § 43 des Reichsnotgesetzes zu erweitern und die Frist vom 31. 12. 1920 bis 31. 1. 1921 zu verlängern, wurde angenommen, ebenso ein Antrag auf weitgehende Erleichterungen durch die Annahme von Schatzanweisungen sowie Kriegsanleihe.

1913 und 1919? Darauf antwortete die deutsche Regierung, daß bisher keine statistische Methode bekannt geworden ist, wie man diese Summe feststellen könnte. Die 33. Frage heißt: Wie groß ist die Belastung mit Steuern in Deutschland durch direkte und indirekte Steuern, Berechnung von Proportionalität? Die Antwort lautet, daß die Antwort nicht leicht zu geben sei und verweist auf die Gemeinden, die neben Reich und Ländern Steuern erheben. Die direkten Steuern dürften bei den Ländern kaum höher als 1/4 Milliarden sein. Doch bauen die Länder ihre Steuern aus, da die Mittel für die Erhöhung der Beamtenbesoldung aufgebracht werden müssen. Eine Uebersicht stellte dann die Steuerlast in ihrer Verteilung dar.

Eine deutsche Denkschrift über unsere Leistungen aus dem Friedensvertrage.

W. Berlin, 19. Jan. Die deutsche Denkschrift über unsere Leistungen aus dem Friedensvertrage, die in Brüssel abgegeben worden sind, ist heute vom Auswärtigen Amt veröffentlicht worden. Die Denkschrift gibt folgende Zusammenfassung der bisher geleisteten Leistungen und Leistungen aus dem Friedensvertrag und seinen Vorverträgen, die auf die gesamten Wiederherstellungsverpflichtungen anzurechnen sind!

Bezeichnung der Verpflichtungen: Wert in Goldmark:

Gruppe A:	
Erschließungen der preussischen Bergverwaltung	199 284
Eisenbahnen in den Abrechnungsgebieten	245 632 430
Holländische Eisenbahnmateriale	1 589 625 000
Eisenbahnen in der Schweiz	3 097 000
Landwirtschaftliche Maschinen (Poena-Maschinen)	28 908 906
Garbelschiffe	7 310 302 824
Industrielle Maschinen usw. für den Wiederaufbau	966 330
Eisen	237 545 913
Kohlen und Holz	655 957 300
Ammoniak	2 851 204
Garbelschiffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse	225 523 008
Summe A:	10 300 641 259

Gruppe B:	
Caargruben	1 056 947 000
Reichs- und Staatselgentum	4 481 552 938
Wert der abgetretenen 5 Eisenbahnbrücken über den Rhein, soweit sie nicht zum ehemaligen Reichslande Elb-Lothringen gehörten	8 582 350
Heberjochel	85 418 979
Nachschäfer	2 497 700 000
Summe B:	8 130 291 267

Gruppe C:	
C) Kosten, die gemäß Art. 235 des Friedensvertrages aus den ersten 20 Milliarden Goldmark bezahlt werden können:	
Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen	2 249 311 746
Rheinlandbefahrung	450 000 000
Internationalisierte Kommissionen	40 152 300
Summe C:	2 739 464 046
Ausgesamt:	21 170 396 572

Eine neue Frist für die Entwaffnung?

W. Paris, 18. Jan. Laut Echo de Paris erklärte Briand in einer Unterredung, er werde bei den bevorstehenden Verhandlungen kein Recht auf keine Interessen Frankreichs zuwiderhandeln lassen. Das Blatt besagt sich ferner eingehend mit der Zusammenkunft der Alliierten. Echo meint, Deutschland werde vielleicht eine neue Frist für die Entwaffnung, nötigenfalls mit den erforderlichen Bürgschaften erhalten. Die Zeitung weist mit Bezug auf die Reparationsfrage auf einen Abschnitt in der englischen Note hin, wonach England jetzt einer Vertagung der Festsetzung der gesamten deutschen Verpflichtung zustimme, namentlich, meint das Blatt, wolle England das Ergebnis der Abstimmung in Oberösterreich abwarten.

Krise in der Sozialpolitik.

Im Hauptausschuß des Reichstages hat Arbeitsminister Brauns einen Uebersicht über die Arbeit seines Ressorts gegeben und dabei sehr beachtenswerte Mitteilungen gemacht. Zunächst erklärte der Minister, er habe dem Kabinett geraten, das im letzten Sommer dem Reichstag vorgelegte Erwerbslosenversicherungsgesetz zurückzuziehen. Als Grund wird die „sehr geringe Entwicklung des Arbeitsmarktes“ angeführt. Das bedeutet, daß die Arbeitslosigkeit einen Umfang angenommen hat, und noch anzunehmen droht, welche die Dedung auch nur eines wesentlichen Teils der Renten aus Beiträgen der Versicherten als auskömmlich erscheinen läßt. Es ist in der Tat auskömmlich, daß Versicherungsbeiträge in einem Umfang von vielen Prozent des Arbeitseinkommens erhoben werden können, wo es zweifelhaft erscheint, ob die noch ausstehenden Einkommenssteuerbeträge überhaupt einzukassieren sind. Der größte Wert sind die Bemühungen des Ministers um die Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts. Die Schließung von Betrieben und das Arbeitsnachweisesgesetz beschäftigen die Debatte zwar schon lange; aber von ersterer liegt noch immer kein endgültiger Entwurf vor und mit dem über letztere Frage vorgelegten Gesetz scheint es auch nur langsam vorwärts zu kommen. Endlich teilte der Minister mit, daß er einen Gesamtplan über die Reichsversicherungsordnung plane. Das Problem, das der Minister sehr richtig stellt, lautet, wie den Rentnern der Sozialversicherung und den kleinen Privatrentnern in ihrer schweren Not geholfen werden könne. Es ist in der Tat mit Gründen der Staatsökonomie nicht zu erklären, warum die öffentlichen Mittel für die Unterhaltung arbeitsfähiger Erwerbsloser so vielmehr in Anspruch genommen werden sollten, als für die Sicherung von erwerbsfähigen Arbeitskräften und Veteranen. Das freibewegliche Moment bei dieser ungeduldeten Differenzierung ist die Tatsache, daß die arbeitsfähigen Erwerbslosen die wirksame Unterstützung der Organisationen und Parteien genießen, die öffentlichen und privaten Altersrentner dagegen nicht. Wenn Minister Brauns für diese Zwecke und für die Versorgung von Kriegsberechtigten und Hinterbliebenen Reichsmittel flüssig machen will, so ist das gewiß zu begrüßen. Die Grenze für diese Fürsorgemittel wird schwerlich von Innenministerien Rücksichten gezogen. Reichen die Mittel nicht, so wird eben nach der neudeutschen Praxis die Tätigkeit der Notenpresse verstärkt. Das für droht aber ein Einbruch von Seiten unserer Wiederherstellungs-Gläubiger, vom Verband. Die Reichsregierung wird gut daran tun, die Ordnung des öffentlichen Haushaltes gründlich in Angriff zu nehmen, damit wir nicht durch den Nachschub der Reparationskommission gezwungen werden, die leidenden Schichten unseres Volkes aus nur die geringste Unterstützung zu verlagern. Aus den Ausführungen des Ministers Brauns ist deutlich zu erkennen, daß die deutsche Sozialpolitik vor einer folgenschweren Krise steht.

Ein angebliches Hohenzollernkomplott.

Wien, 18. Jan. Zu der Meldung, daß die holländische Regierung die Internierung des kaiserlichen Wilhelm und des Kronprinzen angeordnet, gleichgültig aber den Wunsch ausgedrückt hat, die Kaiserfamilie möge das Land verlassen, enthält „Der Abend“ von einer angeblich gut unterrichteten Seite eine Erklärung, nach der die holländische Regierung sich zu diesem Schritte gezwungen sah, weil die Hohenzollern das Asylrecht zu kompromittieren zwecken mißbrauchten. Die Erklärung ergab sich weiter in ziemlich abenteuerlichen Zusammenhängen. — So wird A. B. behauptet, der Kronprinz wolle nach Deutschland zurückkehren und an der Spitze der ihm treugebliebenen Offiziere und Mannschaften, deren Zahl man auf 45 000 Mann schätzt, Deutschland wieder erobern. Man will auf diese Feststellung durch das eigenartige Verhalten des Kammerdieners des Kronprinzen gekommen sein, der in einem umherirrenden Hotel geheimnisvolle Briefe empfangen, dann sich heimlich über die holländische Grenze begab und mit einem Auto in das deutsche Gebiet hinein fuhr. Bei seiner letzten Anwesenheit in dem Hotel wurde er von der polizeilichen Polizei festgenommen. Das bei ihm beschlagnahmte Material ergab für den Kaiser und den Kronprinzen schwer belastende Beweismittel. — Die Verantwortung für diese recht abenteuerlich klingende Meldung muß natürlich dem Wiener Blatt überlassen bleiben. (Die Leute, die das Gras wachsen hören, werden eben so wenig alle, wie die Dummen, die immer wieder auf solchen handgreiflichen Unsinn hereinfallen. D. Schriftst.)

Zu dieser Meldung des Wiener „Abend“ erfahren wir von unterrichteter Seite, daß der Kronprinz gar nicht daran denkt, nach Deutschland zu entweichen.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

* **Senfkehl**, **U. Sohn**, **G. m. b. H.** **Aus Raffel**
wird gemeldet, daß die Lokomotivfabrik Senfkehl
U. Sohn in eine **G. m. b. H.** mit einem Aktien-
kapital von 100 Millionen **Mark** umgewandelt
worden ist. Zu der Umwandlung wird noch ver-
richtet, daß der Vorgang im Zusammenhang mit der
Interessengemeinschaft steht, welche die
Firma kürzlich mit der **Bergbau- u. G. Vöhringen**
und den **Eisenerz Seintlohnwerken** abgeschlossen
hat. In diese Interessengemeinschaft sind nur die
in **Meinland** und **Weitalen** liegenden Stätten und

TU. Paris, 10. Jan. Ein Vertreter der „Victoire“ hatte eine Unterredung mit General Lundenborff, der erklärte, ein allgemeiner Friede in Europa sei unwahrscheinlich und unmöglich, solange die Kommunisten in Rußland am Ruder seien. Mit den Bolschewisten fertig zu werden,

Die Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere anlässlich der jetzt zum Abschluss gekommenen Eisenbahnerbewegung veranlassen den ersten Vorsitz, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, dass die Propaganda für die in Moskau gebildete Gewerkschaftsinternationale und die Befolgung der von ihrer Leitung empfohlenen Richtlinien mit Notwendigkeit zur gegenseitigen Befestigung der Gewerkschaftsmitglieder, zur Ermöglichung der Aktionsfähigkeit und damit schließlich zur Spaltung der Gewerkschaften führen muss. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache sieht sich der erweiterte Vorstand veranlasst, zum Ausdruck

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Für drahtliche Auszahlungen	18. Jan.		19. Jan.		Höchst- bish. G.	Münz- parität
	Geld	Brief	Geld	Brief		
Holland 100 fl.	2037,90	2140,45	2111,85	2116,15	4196,-	186,77
England 100 £	409,55	404,05	425,55	426,45	788,75	81
Norwegen 100 Kr.	1080,40	1083,60	1123,85	1127,15	1848,-	112,55
Dänemark 100 Kr.	1108,36	1111,15	1171,55	1174,85	1848,-	112,55
Schweden 100 Kr.	1816,65	1816,55	1878,65	1880,40	1900,-	112,55
Italien 100 Lir	217,25	217,75	225,75	226,25	584,40	20,40
England 1 St.	233,25	233,75	243,25	243,75	850,65	20,40
Frankreich 1 D	6,418	6,282	6,435	6,457	193,65	4,20
Belgien 100 fr.	593,60	594,40	602,55	603,45	1708,30	81
Schweiz 100 fr.	984,-	986,-	1001,45	1003,55	798,-	81
Spanien 100 Pes	—	—	—	—	849,-	81
Italien-Oest. 100 Kr.	11,98	12,02	—	—	—	85,11
Russl.-Slow. 100 Kr.	80,90	81,10	80,85	81,05	101,15	—
Ungarn 100 Kr.	11,35%	11,91%	11,10%	11,14%	—	—

Fortsetzung des Inventur-Ausverkaufs!

Zu außergewöhnlich billigen Preisen bringe ich folgende Artikel, die in meinen Schaufenstern ausgelegt sind.

Rindbox-Kinderstiefel ..	59 ⁰⁰	67 ⁰⁰	Damen-Lack-Halbschuhe Schnür und Spange ..	98 ⁰⁰
Samson's Schulstiefel ..	68 ⁰⁰	79 ⁰⁰	Braune Damen-Halbschuhe kurzemod. Form ..	128 ⁰⁰
Braune Rindboxstiefel ..	88 ⁰⁰	98 ⁰⁰	Braune Damenstiefel Hochschaft ..	168 ⁰⁰
Oesenstiefel m. Lackkappe	89 ⁰⁰	98 ⁰⁰	Herrn-Mastbox-Agraffenstiefel Zwischen-sohle ..	185 ⁰⁰

Braune Herren-Stiefel Rindbox und Boxkalf **188⁰⁰**

Die Ware ist in Qualität einwandfrei; nur dadurch, daß die Paare kleine Schönheitsfehler haben, gebe ich diese zu solch fabelhaft billigen Preisen ab.

Schuhhaus M. Samson BOCHUM
Bongardstr. 11

BUNTESTHEATER IN DER TONHALLE

Riesen-Beifall

erzielen täglich

ROSSOW-MIDGETS

die kleinsten Boxer der Welt

GRETE FLUSS

in ihrer komischen Type als „Penne“

OTTO JÜLICH

mit dem Karnevals-Schlager 1921
„Ach meine Mathilde“

HEINZ KRÜGER

mit vollständig neuem Repertoire

ALEXANDROFF

PEROTTI

Kammersänger an der Budapester
Staatsoper

5 CINCINATI 5

Meisterjongleure

WILLY PIKARDI

Antipodenspiele in höchster Voll-
endung

2 LOYER 2

Handstands-Equilibristen

MUSIKAL-BANVES

Kassenöffnung 9,30 Uhr. Anfang 8 Uhr

**Pelz-
Schirm-
Mützen-
Reparaturen**

schnell, solide, preiswert, auf eigener Werkstatt

Kürschner u. Mützenfabrik

H. Kemmer, Obere Marktstraße 27.

Stadttheater Bochum.

Donnerstag, 20. Januar.

7½-10½. C. 13. Der

Welterbinder, Volle-

stück in 4 Akten von

Waldwig Knaack.

Freitag, 21. Jan., 7½-10½.

Der erste Akt.

B. 11. „Jugend“ Ein

Liebesdrama in 3 Akten

von Max Dalbe.

Operettentheater

Boch m.

Donnerstag, Anfang 7½ Uhr

Der fidele Bauer

Freitag, Samstag

zum ersten Male:

Willis Frau.

Heiteres Familienstück

in 3 Akten.

Moderne Tänze

Der neue Zirkel beginnt

am Dienstag, d. 25. Janu-

ar, 7 Uhr abends in der

Bürgergesellschaft.

Liste liegt ebenfalls aus.

Sulanke.

Kunststaperei

Hochstun-

stuf knöp-
flickerei
Kurbel-
Perle-
tepperei
f. 11.12.

Gustav Walter

14 Buddenborgerstraße 14

Wer Stoff hat

Herren- u. Knaben-Stellung, Ha-

ferung nach Maß, Ankleiden

werden, 2. und 3. bei Damen

und guter Bedienung in eigener

Werkstatt.

Herrn-Jasol, Bochum,

Dorflinger Straße 110.

Futter-Möhren

hat billig abgegeben

A. Barenberg

Kreuzstraße 11.

!! TONHALLE !!

Morgen,
MIA

Freitag:
MAY



In ihrer

Glanzrolle:

Das wandernde Bild

Einladung.

Die Mitglieder des
Gemeinnützigen Bauvereins e. B. u. M. Gerthe
werden hierdurch zu einer am Freitag, den 28. Ja-
nuar 1921, nachmittags 5 Uhr in der Wirtschaft
Ganzols stattfindenden

General-Versammlung

eingeladen.

Gesitz, den 18. Januar 1921.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats: B. u. M.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Mitteilung des Ergebnisses der von dem Ver-
bande wechselläufigen Baugenossenschaften vor-
genommenen Revision.
3. Aufnahme einer Auleise.
4. Erhöhung der Mieten, des Wasser- und Stroh-
preises.
5. Antrag um Gleichstellung der Mieten im
Hause Karkstraße 28.
6. Entschädigung des Hausverwalters.
7. Erlassung zum Vorstände und Aufsichtsrat.

Schöne

Gesellschaftszimmer

mit Klavier, Sonntags-
und Wochenabende frei.

Thermann, Brückstraße 20.

Museum der Stadt Bochum

Das städt. Museum im
Hause Rechen an der
Königsallee ist für
den allg. Besuch täglich
von 10-3 Uhr außer
Montags. Montags
ist das Museum ge-
schlossen.

Eintrittspreise:
Alltags 1.- Mk., Son-
ntags 0.50 Mk., Mit-
telsch. frei.

Große

Geld-Lotterie

zu Gunsten der Kriegs-

Gefangenen-Heimkehr

Ziehung v. 23. Februar

bis 1. März

2670 Geldgew. i. Btrg. v.

Einer Million Mark

1 Gewinn v. 250 000 M.

1 „ „ „ 100 000 „

1 „ „ „ 50 000 „

1 „ „ „ 25 000 „

1 „ „ „ 10 000 „

1 „ „ „ 5 000 „

1 „ „ „ 1 000 „

Los 20 000 Mark

Porto und Liste M. 1,-

gegen Voreinsendung d.

Betrages, oder gegen

Nachnahme M. 1,- mehr,

durch Lotterie-Zentrale

A. Heinrich Koch

Hamburg 36

Postcheckkonto 3245

Pianos und

Flügel

in großer Auswahl.

J. F. Rebert,

Dorflinger Straße 10-12,

Telephon 478.

Fenster- Spiegel- Guss-

ab Lager schönst. lieferbar

W. Schulte & Co.,

Bochum, Mittenerstr. 53,

Telefon 3301

Metallbetten

Stahl- und Eisenbetten,
Ein- und Zweibett, an
Federung, Matratze frei
Eisenmöbelfabrik
Gut. 1. 1. 1.

Max Großer

Bochum, Marienstr. 34 — Fernruf 3000

Lederhandlung und Lederwaren,

Schäffstemperei und Lederaus-

schnitt, Lager sämtlicher Schuh-

macherartikel.

Gebrüder Wolff

Bochum, Dorflinger Straße 22.

Extra billiger Verkauf

Donnerstag, Freitag
und Samstag.

Kleinerbisen Pfd. 2.40

große Erbsen Pfd. 2.10

Gefüllten Pfd. 3.25

helle Erbsen Pfd. 5.75

weiße Bohnen Pfd. 2.05

Gerstenflocken Pfd. 2.95

Satzbohnen Pfd. 0.85

Vollkorn Pfd. 4.50

Speck Pfd. 16.00

reines Schweinefleisch Pfd. 15.50

helles Butter Pfd. 21.00

helle Schmelzseife ... Pfd. 6.95

Hartseife Pfd. 4.40

Buchweizen-Mehl Pfd. 5.50

dänische Säfte Pfd. 7.20

Geister-Friedrichsdorfer

Zwieback Pfd. 2.50

Mr.
Zweites

Bo
Nachdruck
im Auszuge

Die
Kaiser-Bund
verkehr des
am Denkmal
niedergelegt

P. Verei
ein wird u
fürstlich
lichen Gef
stimmung
dem sogar
sien sich be
Geistlicher
Mitglieder
Oberster
für die
schleier mit
einer Weile
zu bezeichn
deutschen
holt. Gleich
daß Frauen
stießen per
die Abstim
meln. Die
Oberster
deutsche
schleien unt
schleien“ G
daß sie bish
nommen hal
persönlich
von polnisch
und muß es
den für die
meistelle für
Oberster
Handel und

1) Die M
tersloß, hat
räucherten
an die Bewö
teilung komm
einwandfeste
nur ab we
nachm. von
auf dem städ
Markt je Pfd.

2. Ein Na
genicht vor
zahlungskamm
leidigungsflag
gibt über
gefangen
Der Eisenba
und der Lehn
Dezember 191
und im Gefa
reich unterge
me hatte die
förderung zu
als Zeichen
Franzosen a
mer hatte mi
gerauscht.
arbeitet herang
waren anfang
sich aber rasch
seitens ihrer d
genügende U
eintig wurden
Mittstände n
Blum teilte
Mitgefängene
kommandant
nen in 191
in Einzelar
wurde er fob
es bitter last
rissenem Sem
platz geführt,
die etwa 12
aufgepfanzte
nant mit gef
Dort wurde
führer befrag
scher war M
Rod ausstehe
Minuten in d
mer hatte von
dem 20. M
mehrfach. Er
im Falle mei
würde, verab
einem ihm v
folgten Niem
schleie des B
Dazu erhielt
auferlegt, er
überhandlen
bühlig zusam
wolle Römer
haben, jedoch
dagegen beha
Versuch zu ei
nicht gemacht
wegen einer
Dort wurde
schern aufge
ben, daß es
der Gefangen
Blum wies d
Eindruck ge
hintergefeht
seiner späteren

Di

m

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)
Bochum, 20. Jan.

Die Ortsgruppe Bochum des Deutschen Offiziers-Bundes hat anlässlich der 50jährigen Weiberehrung des Gründungstages des Deutschen Reiches am Denkmal Kaiser Wilhelm I. einen Vorbesuch niedergelegt.

Der Verein heimattreuer Oberschlesier. Vom Verein wird uns mitgeteilt: Obgleich der Kardinal-Großbischof Dr. Vertram in Breslau den katholischen Geistlichen jedwede Agitation für die Abstimmung in Oberschlesien verboten hat und trotzdem ein Vertreter des Papstes in Oberschlesien sich befindet, ist zurzeit ein polnisches gestimmtes Mitglied der Vereinigten Hände heimattreuer Oberschlesier auf, um diese für die Abstimmung für Polen zu überreden. Insbesondere: Oberschlesien mit polnisch klingenden Namen werden in einer Weise bearbeitet, die als mindestens unwürdig zu bezeichnen ist. Dieser Herr hat sich bei einigen deutschen Familien die ihm gebührende Aufmerksamkeit. Gleichzeitig wird wiederum darüber geflüstert, daß Frauen und Männer bei Kaufleuten und Industriellen persönlich vorgesprochen haben, um für die Abstimmung in Oberschlesien Gelder einzulammeln. Die Vereinigten Hände heimattreuer Oberschlesier, die allein berechtigt sind, für die deutsche Sache der Volksabstimmung in Oberschlesien unter dem Namen „Grenzspende für Oberschlesien“ Gelder zu sammeln, erklären wiederholt, daß sie bisher noch keinerlei Hauskollekten vorgenommen haben. Es handelt sich also bei diesen persönlichen Hausbesuchen nur um verkappte, von polnischen Seite eingerichtete Sammelstellen, und muß es jeder Deutschföhlende ablehnen, Spenden für die polnische Sache zu geben. Die Sammelstelle für die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier befindet sich in Dortmund, Vant für Handel und Industrie, in Bochum Untersparksche.

Die Rhein-Westf. Fleischversorgung. Ein Güterschloß, hat der Stadt einen größeren Posten geräucherter Speck zur Verfügung gestellt, welcher an die Bevölkerung in beliebigen Mengen zur Verteilung kommen soll. Die Ware, welche von dieser, einwandfreien Beschaffenheit ist, kann vom 20. Januar ab werktäglich vorm. von 9-12 Uhr und nachm. von 3-5 Uhr (Samstags nur vormittags) auf dem Markt, Schlachthof zum Preise von 16,50 Mark je Pfd. in Empfang genommen werden.

Ein Nachspiel zu Ereignissen in Kriegsgefangenschaft vor der Strafkammer. Vor der Untersuchungskammer des Landgerichts wurde eine Weiberehrungsangelegenheit verhandelt, die uns Aufschlüsse gibt über die Behandlung unserer Gefangenen in französischen Lagern. Der Eisenbahnenbediente Blum aus Saarbrücken und der Lehrer Römer in Mülheim wurden am 15. Dezember 1918 an der Westfront gefangen genommen und im Gefangenenlager La Dole in Mittelfrankreich untergebracht. Am Tage der Gefangenennahme hatte Römer die Nachricht von seiner Verhaftung zum Offizier erhalten. Da er die Offiziersgefangenen noch nicht kannte, wurde er von den Franzosen als Offiziersgefangener angesehen. Römer hatte mit anderen deutschen Kollegen die Lagergemeinschaft. Die Inhaftierten wurden zur Grubenarbeit herangezogen. Behandlung und Verpflegung waren anfangs im Lager erträglich, verschlechterten sich aber rasch, da sich die Gefangenen die seitens ihrer deutschen Vorgesetzten angehörende nicht die genügende Unterstützung fanden, endlich darüber einig wurden zu streiken, falls die bestehenden Mängel nicht abgestellt würden. Unteroffizier Blum teilte am 23. Jan. 1917 im Auftrag seiner Mitgefangenen die Wünsche der Gefangenen der Lagerkommandantur mit. Darauf wurden die Gefangenen ins Lager zurückgeführt, Blum aber sofort in Einzelhaft gesteckt. Gegen 9 1/2 Uhr vormittags wurde er sodann, obgleich damals Schnee lag und es bitter kalt war, nur mit Strümpfen, Hose, zerissenem Hemd und Rock bekleidet auf den Lagerplatz geführt, wo er in einer abseits gelegenen Grube die etwa 12 Mann starke französische Wache mit aufgestellten Seitengewehren, der französische Leutnant mit geladener Pistole in der Hand antraf. Dort wurde Blum eröffnet, daß er als Zivilist bestraft werden würde. Als einziger Deutscher war Römer zugegen. Blum mußte seinen Rock ausziehen und so fast unbekleidet etwa 10 Minuten in der bitteren Kälte stehen bleiben. Römer hatte von dem Offizier den Befehl erhalten, dem Blum 20 Schläge zu geben. Er weigerte sich mehrfach. Erst auf die Drohung hin, daß er im Falle weiterer Weigerung erschossen werden würde, verabschiedete er abgemessenen Gefächts mit einem ihm vom französischen Sergeanten überreichten Nieten die Schläge. Die lauten Wechschreie des Blum wurden im ganzen Lager gehört. Dazu erhielt Blum noch eine längere Arreststrafe auferlegt, er brach aber bald darauf infolge der überstandenen seelischen und körperlichen Schmerzen völlig zusammen. Nun kam er ins Revier. Hier wollte Römer dem Blum den Sachverhalt darlegen, jedoch habe dieser sich abgewandt. Blum dagegen behauptet, daß Römer einen ernsthaften Versuch zu einer Erklärung und Entschuldigung nicht gemacht habe. Im Frühjahr 1919 lag Blum wegen einer Entzündung im Lazarett Elsenne. Dort wurde er von zwei französischen Dolmetschern aufgefordert, eine Erklärung zu unterschreiben, daß es ihm während der ganzen Dauer der Gefangenschaft in La Dole gut ergangen sei. Blum wies dieses Unflinlen zurück. Er will den Eindruck gewonnen haben, als wenn Römer dahintersteckt und mit Hilfe der Franzosen zu seiner späteren Rechtfertigung ein Schriftstück ge-

nannten Inhaltes von ihm zu bekommen. Als beide aus der Gefangenschaft zurückgeführt waren, hörte Römer davon, daß Blum eine Untersuchung der Angelegenheit beantragen wollte. In einem Briefe ersuchte Römer den Blum, dieses zu tun, da auch er ein Interesse an der Aufklärung der Sache habe. Einen Bericht habe er gleich bei Ankunft in Deutschland an das Kriegsministerium abzugeben, in welchem er besonders die Völlerrechtsverletzung und gegen die guten Sitten verstoßende Maßnahmen der Franzosen hervorzuheben habe. Auch habe er seine Vernehmung durch den Gerichtsdiener der Abteilungsstelle Bochum I beantragt. Blum antwortete in einem Schreiben, in welchem er Römer die ganze Schuld zuschob. Er habe

wertigen Tieren kann hier ein Preisausschlag bis zu 100 M. je Str. erfolgen; für minderwertige Ware sind entsprechende Abzüge vorzunehmen bis zu einem Preise von 300 M. je Str. — An Gewinn: Den Viehhändlergewinn wird für sämtliche Vieharten ein Bruttogewinn von 1 Prozent zugerechnet. Der Viehhändlergewinn in der als Bruttogewinn von 20 M. je Str. bei Schweinen und 15 M. je Str. bei Rindvieh und Kalbern festgelegt, so daß sich der Verkaufspreis errechnet aus Nettoeinkaufspreis + 1 1/2 Proz. Umschlagsteuer + 1 Proz. Risikoprämie + Eisenbahnfrachtkosten (gg. Futterkosten und Schwund) + Gewinn. Der Metzger verdient berechnet sich nach Ausschlag

betten zum Ziele führe, habe sich der Münchener Bund an verschiedene Organisationen gewandt, um eine Einigung herbeizuführen. Ein williges Ohr habe er gefunden beim Zentral-Verband, der seinerseits schon seit langem eine Einigung sämtlicher Kriegssopfer anstrebte. Es sei zu bedauern, daß es Organisationen von Kriegssopfern gäbe, die rein politischen Ansichten seien. Notwendig sei, daß die Kriegssopfer-Organisationen auf politisch neutralen Boden stellten und nur allgemein politisch mitwirkten. Die Kriegssopfer dürften sich auf keinen Fall aber dazu hergeben, um bei Demonstrationen politischer oder sonstiger Art als Schaustücke zu dienen. Daraus werde die Abhaltung von den Kriegssopfern in den meisten Fällen schwinden, mehr noch als es leider bereits der Fall sei. Aufgabe der Organisationen sei ferner, billige Einkaufsgelegenheiten für die Mitglieder zu schaffen, was am besten durch Gründung von Genossenschaften gelänge, die sich mit der Kommissionsweilen Beschaffung von Waren befasse. Neben entwickelt die Vorteile der Genossenschaften und fordert zur Gründung einer solchen auf. Die Versammlung beschloß letzteres. Zum Schluß der Versammlung berichtete Kamerad Droll über den Stand der Siedelungsangelegenheiten. Er gab ein Schreiben des Ministers für Volkswohlfahrt bekannt, wonach der Präsident des Siedelungsverbandes angewiesen sei, die Siedelung des Zentral-Verbandes zu bevorzugen. Kamerad Deutschke schloß die Versammlung mit einem Appell zur eifrigen Mitarbeit im Verband und Werbung für den Verband.

Größe der Postkarten. Vielfach herrscht Unklarheit darüber, welche Größe Postkarten haben dürfen. Sogar Geschäftliche, die Postkarten verkaufen, und selbst Druckereien, die sie herstellen, sind hierüber im Zweifel. Im Rheinland besteht keine einheitliche Ausgabe der Postkarten bis zur Größe der Postkarten (15,7:10,7 cm) und bis zum Gewicht von 8 Gramm zulässig. Postkarten, die den Bestimmungen nicht entsprechen, unterliegen dem Briefporto. Wer Vorräte an zu großen Karten hat, tut deshalb gut, sie durch Beschneiden der vorgeschriebenen Größe anzupassen. Im Auslande dürfen die Postkarten 14 cm in der Länge und 9 cm in der Breite (das ist die Ausdehnung der amtlichen Postkarte) nicht überschreiten.

Beethoven-Feier des Hoffmann-Konzertriums. Dienstagabend veranstaltete Musikdirektor Rudolf Hoffmann für die Schüler seines Konservatoriums, deren Angehörige und Freunde im Rathhausaal einen Beethovenabend. Nach einem von Bräulein Grundmann gesprochenen Grußwort eröffnete die Wiederholung der „Sonate op. 10 Nr. 3“ die musikalischen Darbietungen. Mit dem ersten Teil führte sich Herr Röhne glücklich ein. Ihrem sauberen Spiel gab auch Herr Ratt durch die ausdrucksstarke Interpretation der beiden folgenden Sätze nichts nach. Herr Klenke-Doebbe warierte mit dem 1. Teil des „Buris-Klavierkonzerts“, den sie in flüssiger Technik herausbrachte. Eine Steigerung bedeutete die Darbietung des „Allegro con brio aus dem „Sonata-Klavierkonzert“, das Herr Klenke-Doebbe virtuos spielte. Man wurde unwillkürlich an Max Bauers kürzlich erfolgte Ausdeutung des Werkes erinnert, doch stellte man dabei fest, daß die Auffassung von Herr K. mehr romantischer, bitterer Sprache neigte, während während er den klassisch in Beethoven stielte. Beethoven's letzte weiterhin Herr Kleeberg in dem 1. Satz der „Appassionata“. Kernig sah Herr Rattenberg den „Deutschen Tanz“ an. Die Orchesterpartie der Klavierkonzerte führte Musikdirektor Hoffmann in Ermangelung eines Instrumentalorchesters am Flügel durch. Unter den gesanglichen Leistungen dominierte die Darbietung der Horellanarie, die Herr Gorgs sang. Seine Tenorstimme schwingt ausgiebig und verliert über mahnenden Schmelz. Mit gleichem Hange auch Herr Reinhardt, Herr Arnold und Herr Werner an ihrer Entfaltungsgabe gearbeitet. Die deutsche Sprache beherrschte allgemein sympathisch. In dem schwierigen Quartett des 1. Beethoven'schen Quartetts schloß Herr Gorgs, Herr Direktor Hoffmann, Herr Gorgs und Herr Werner. Den Klavierpart führte Herr Witz feinsinnig durch.

Polizeibericht. Mitteln Einbrüche wurden geflohen: aus einem Geschäft in der Marienstraße 300 Mark; aus einem Zimmer in der Halbenstraße in Weimar Kleingeldstücke und ein Schloßschloß. Ferner sind geflohen worden: aus einem Geschäft in der Kortumstraße Lebensmittel; aus einem Zimmer in der Maxstraße eine Briefschloß mit 900 Mark; aus einem Zimmer in der Kohnenstraße in Weimar eine Briefschloß mit 420 Mark; aus einem Kasse am Bahnhof ein schwarzer Mantel; aus einer Wäschekasse in Weimar zwei weiße Hemden; aus einer Wohnung in der Brückstraße in Weimar 50 Mark. — Zur Anzeige gelangten: je eine Person wegen Unterschlagung und Mißhandlung. — Festgenommen wurde: je eine Person wegen Verbedrohungs, schwerer Körperverletzung, groben Unfugs und Sachbeschädigung. — Bei Schlaganfall wurde ein goldener mit Brillanten besetzter wertvoller Ring, der im Zentrum der Stadt gefunden sein soll. Der Finder kann sich auf Zimmer 42 der Polizeidirektion, Hattingerstraße, vormittags gegen 9 Uhr melden. — Bei der Kriminal-Abteilung — Zimmer 43 — befinden sich fünf Axtel Roll lange Schrauben mit Muttern, die aus einem Diebstahl hervorgehen und von Interessenten in den Dienststunden beschlagnahmt werden können.

Ausbruch aus dem Gefängnis. Aus dem hiesigen Gefängnis sind drei Untersuchungsgefangene ausgebrochen. In der hohndrücken liegenden Wand hatten sie in der Höhe des dritten Stockwerks eine Öffnung in das Mauerwerk gebohrt und sich dann an einem selbstgeknüpften Seil herabgelassen. Der letzte scheint beim Abgleiten am

Oberschlesier! Eure Heimat ist in Gefahr!

Die Frist zur Eintragung in die Abstimmungsliste läuft in einigen Tagen ab.

Weibet Euch sofort in der Geschäftsstelle der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Frankgasse 7, (früher Scharpenfeld-Brauerei) Eingang B. Zimmer Nr. 1. Telefon 1203

sonst ist Eure Stimme verloren.

Urlaub, freie Reise und Verpflegung, sowie Erstattung des Lohnausfalls wird zugesichert. Bei Minderbemittelten, Kranken und Notfällen wird auf Antrag noch besondere Reisebeihilfe gewährt.

Laßt Euch nicht irreführen, haltet fest zu Eurer Heimat.

Keine Stimme darf fehlen!

Die Bezirksleitung: Bruno Groß, Bahnhofstraße 40.

sich eines deutschen Offiziers unwürdig erweisen und das Deutschtum mit Füßen treten. Eine Schande für deutsche Kameradschaft ist es, einen wehrlosen Kriegsgefangenen zu schlagen. Römer verurteilt die vorgelegte Weisung in Deutschland auf falsche Bahn zu leiten. Sich bei ihm ob der Tat von La Dole zu entschuldigen habe er nicht getan. Ein zweiter Brief des Vorsitzenden der Kriegsgefangenen-Vereinigung „Donnerstag-Zuschriften“, dem Blum der weiteren Verfolgung der Sache übergeben, war in noch schärferer Form gehalten. Römer strengte nun gegen beide die Verurteilung an. Das hiesige Schöffengericht sprach beide frei. In den Gründen des Gerichtsurteils heißt es, es könne dahingestellt bleiben, ob Römer sich in La Dole strafrechtlich verantwortlich oder nicht gemacht habe. Jedenfalls habe er sich nach Ansicht des Gerichts tatsächlich als Soldat und deutscher Offizier nicht zu benennen wie es die Ehre und das Ansehen des Deutschtums und insonderheit des deutschen Offiziersstandes unbedingt erforderte. Er habe sich auch durch Drohungen seitens der Franzosen nicht bewegen lassen dürfen, den Mittel für sie zu spielen und müssen, ob die Franzosen ihre Drohungen wahr machen würden. Er habe es sich daher selbst zugerechnet, wenn die Angeklagten energische Schritte unternommen hätten. Den Angeklagten könne der Schuß des 193 des Str.-G.-B. zur Seite. Die scharfen Ausführungen der Briefe der Angeklagten seien erklärlich aus ihrer erregten Abneigung. Römer legte gegen dieses Urteil Berufung ein, welche die Strafkammer des Landgerichts verworfen.

Jugendgruppe der deutsch-nationalen Volkspartei. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Deutschen Reiches begingen die Jugendgruppen Nord und Süd der deutsch-nationalen Volkspartei eine schlichte Feier im Vokal-Zimmer. Die Feier wurde eingeleitet durch den Vorgänger Mark und das Weihenlied. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der Gruppe Nord hielt Herr Schmidt von der Gruppe Süd die Festrede über den Friedensvertrag von Versailles von 1871 und 1919. Alsdann schloß sich eine Ansprache des Herrn Dr. Weh an, in der er vor allen Dingen die Treue zum preussischen Wahlpruch „Eum enique“ hervorhob. Nach dem Gebete „Vergessen“ von Wankel, daß Herr Hannen vorrang, sangen die Anwesenden stehend das Lied „Der Gott, der Eisen wachsen ließ.“

Schlachtviehpreise. Der Bezirksauschlag für Vieh- und Fleischverkehr im Wirtschaftsgebiet Westfalen-Lippe, der sich aus Vertretern der landwirtschaftlichen Hauptvereine, der Bezirksgruppen des Deutschen Viehhändlerbundes und des Deutschen Viehschäferverbandes, sowie aus Vertretern der Verbrauchsvereine zusammensetzt, hat im Wege freier Vereinbarung der beteiligten Interessengruppen nach eingehenden Beratungen folgende Erzeugerpreise für das Wirtschaftsgebiet und die gegenwärtige Zeit als ausreichend erachtet: Schweine, schlachtreife Ware guter Qualität, Lebendgewicht, nächsten gewogen oder mit 5 Prozent Abzug ab Stall 1000 M. je Str. einschl. Umschlagsteuer. — Kälber, nächsten gewogen oder mit 5 Proz. Abzug ab Stall 1000 M. je Str. einschl. Umschlagsteuer. — Rinder, nächsten gewogen oder mit 5 Proz. Abzug ab Stall 600 M. je Str. einschl. Umschlagsteuer. Bei mehr-

auf den Nettoeinkaufspreis von 1 1/2 Proz. Umschlagsteuer, 1 Prozent Risikoprämie, Transportkosten, Schlachthausgebühren und sonstigen variablen Positionen. Er soll je nach der Feuerungsanlage des Ofens und den besonderen Betriebsverhältnissen beim Verkauf von Fleisch als Ausschlag vom Schlachtwicht 1 M. bis 1,50 M. je Pfd. betragen. Die nach diesen Grundätzen zu erfolgende Berechnung der Kleinverkaufspreise überläßt der Ausschlag wegen der Verschiedenheit der beweglichen Kosten und der örtlichen Wirtschaftsverhältnisse den unabhängigen Ortsstellen. Die im Ausschlag vertretenen Organisationen haben sich verpflichtet, ihrerseits alles zu tun, um den ausgefallenen Ausschlag in der Kreis ihrer Mitglieder Geltung zu verschaffen. Sie bitten alle in Betracht kommenden Behörden, sowie die Dienstlichkeit, sie bei dieser Aufgabe tatkräftig zu unterstützen. Eine gesunde Preisgestaltung auf dem Vieh- und Fleischmarkt kann nämlich nur dann herbeigeführt werden, wenn alle Kreise der Bevölkerung die Vereinbarungen der Interessengruppen beachten und befolgen. Der Ausschlag betont ausdrücklich, daß in den oben aufgeführten Richtlinien für die gegenwärtige Zeit Produktions- und Verarbeitungskosten ausreichend berücksichtigt sind, daher eine Mehrforderung jedweder Art ungerechtigt entbehrt; er erachtet erheblich darüber hinausgehende Forderungen als strafbar im Sinne der Preisstrebereibehaltung vom 8. 5. 1918.

Der Zentral-Verband deutscher Kriegsgefangener und Kriegshinterbliebener, Ortsgruppe Bochum, hatte kürzlich seine Mitglieder zur Jahresversammlung in der Bürgergesellschaft eingeladen. Der Vorsitzende, Kamerad Deutschke, begrüßte die zahlreich erschienenen. Er führte die Bedeutung des vorliegenden Jahres in einem Rückblick vor Augen, sagte, daß die nicht reifliche Erfüllung der an das neue Verordnungsgeheft gestellten Wünsche und Forderungen nicht in letzter Linie auch auf die große Zersplitterung in den Reihen der Kriegssopfer zurückgeführt werden müsse. Von dem kommenden Jahre wünscht er, daß es endlich die langersehnte Einheitsfront in den Reihen der Kriegssopfer bringen möge. Der erste Schritt in dieser Hinsicht gehe in dieser ersten Versammlung des neuen Jahres dadurch, daß die seit einiger Zeit angestrebte und vorbereitete Verschmelzung der hiesigen Ortsgruppe des Münchener Bundes mit dem Zentral-Verbande vollzogen wurde. Nunmehr besteht die Ortsgruppe des Zentral-Verbandes aus der Kriegsbeschädigten-, Hinterbliebenen- und Kriegsteilnehmergruppe. Der ganzen Ortsgruppe steht der in der Versammlung gewählte Hauptvorstand vor: Kamerad Deutsche 1. Vors., Kamerad Schüller 2. Vors., bestehend aus drei Personen. Diese wurden in der Versammlung gewählt, und zwar von den Kriegsbeschädigten die Kameraden Brand, Ertl und Harb, von den Kriegsteilnehmern die Kameraden Orth, Hake und Hoffmann und seitens der Hinterbliebenen die Damen Varenberg, Corneliuss und Kreppe. Nunmehr ergreift Kamerad Mainz aus Nürnberg das Wort zu seinem Vortrage über Organisationsfragen. Redner sprach sich zunächst gegen die Zersplitterung und gegenläufige Bekämpfung in den Reihen der Kriegsteilnehmer (Beschädigte und Nichtbeschädigte) aus, die doch im Felde treu zusammenstanden. Aus der Erkenntnis heraus, daß nur ein Zusammenar-

Die Qualität ist massgebend

Nabo D. R. Patent

kostet M. 2.50 per Paket und enthält

beste Seife

guten Verhältnis
e ich mir vertrau
Näheres mitzuteil
hl. m. Bild, a. Wu
nen sofortige Rück
a. Vermittl. von
i o. Berw. angen
ffertigt unt. Nr. 1
die Geschäftsstelle
rf. Entschärfung

A. Homborg
Bodum, Hochstraße 2

Sechhoff, Oberbürgermeister.

Amt Garben in Werthe.
Geschäftsstelle für Volksnahrung.

macht sich strafbar.

an Heinrich Wedler
Solkau i. Bann.

